

Vortrag an den Ministerrat

Bericht über die Tagung des Rates der Europäischen Union (Landwirtschaft/Fischerei) in Luxemburg am 18. Juni 2019

Am 18. Juni 2019 fand die Tagung des Rates der Europäischen Union (Landwirtschaft/Fischerei) in Luxemburg statt.

Zu Beginn der Ratstagung wurde der Kompromissvorschlag der rumänischen Ratspräsidentschaft zum EK-Vorschlag über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) 2021 – 2027 behandelt. Mit dem Vorschlag soll die Verwirklichung der Ziele der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) einschließlich Aquakultur sowie die Umsetzung der EU-Meerespolitik und die Stärkung der internationalen Verpflichtungen der EU in Bezug auf die Governance der Ozeane (im Kontext der Agenda 2030) unterstützt werden. Der Kompromissvorschlag bringt einige gravierende Änderungen im Vergleich zum EK-Vorschlag, z.B. die Anhebung der Kofinanzierungssätze, höhere Beihilfeintensitäten, die Förderfähigkeit des Motorentauschs/des Erstankaufs eines Schiffes auch bei größeren Schiffen. Die Ausrichtung wurde letztlich mit qualifizierter Mehrheit angenommen, wobei einige Mitgliedstaaten und die EK Kritik zum Ausdruck brachten. AT, DK, LV und PT enthielten sich. AT hatte bereits ein schriftliches Statement vorgelegt, in dem es die deutliche Anhebung der Kofinanzierungssätze und Beihilfeintensitäten bedauerte.

Aus Anlass der Mitteilung über den Stand der GFP informierte die EK über die Fangmöglichkeiten des nächsten Jahres. Im Meinungs austausch begrüßten die Mitgliedstaaten die Mitteilung im Allgemeinen und bekräftigten ihr Bekenntnis zu den GFP-Zielen. Sie unterstrichen, dass 2020 ein herausforderndes Jahr sein werde, da in diesem Jahr die Befischung der Bestände auf MSY-Niveau (Maximum Sustainable Yield = höchstzulässiger Dauerertrag) erfolgen müsse. In dieser Hinsicht forderten viele Mitgliedstaaten praktikable Lösungen, um die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der gemischten Fischerei und der Anlandeverordnung zu bewältigen.

Des Weiteren präsentierte der rumänische Vorsitz seinen Fortschrittsbericht zu den drei Verordnungen des Reformpakets der Gemeinsamen Agrarpolitik für die Zeit nach 2020 unter Verweis auf den Bedarf zusätzlicher Arbeiten. Die Ministerinnen und Minister würdigten die unter rumänischem Vorsitz erzielten Fortschritte zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik und sahen den Bericht weitestgehend als gute Zusammenfassung des bisherigen Diskussionsverlaufs an. Zudem stimmten sie mit dem Vorsitz überein, dass – gerade auch vor dem Hintergrund der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen – noch Beratungen auf technischer und politischer Ebene erforderlich seien, bevor eine partielle allgemeine Ausrichtung erzielt werden kann. Unter diesem Tagesordnungspunkt wurde auch der Punkt unter Sonstiges zu den Ergebnissen eines Kongresses in Spanien zur Gestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik behandelt, wo der Fokus auf dem Ökoschema lag.

Unter Sonstiges gab es eine Information der litauischen Delegation mit Unterstützung der lettischen und der polnischen Delegation, über die kritische Lage des Dorschbestandes in der Ostsee. Ferner berichtete die EK über den aus ihrer Sicht mageren aktuellen Stand der Umsetzung von Art. 11 der Grundverordnung über die GFP betreffend gemeinsame Empfehlungen mehrerer betroffener MS zur Umsetzung von EU-Umweltvorschriften.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

27. Juni 2019

DIⁱⁿ Maria Patek, MBA
Bundesministerin